

Positionspapier von Reporter ohne Grenzen zum Export deutscher Überwachungstechnologie

- 1. Reporter ohne Grenzen Deutschland fordert die EU-Kommission auf, den Export und Verkauf von Software, die der Überwachung und Ausspähung von Journalisten und Bloggern dient, in die Exportkontrolle aufzunehmen und sich auch auf europäischer Ebene für ein entsprechendes Kontrollregime einzusetzen. Wir legen der EU-Kommission nahe, die „Gemeinschaftsregelung für die Kontrolle der Ausfuhr, der Verbringung, der Vermittlung und der Durchfuhr von Gütern mit doppeltem Verwendungszweck“ entsprechend zu überarbeiten.**
- 2. Es gibt Hinweise darauf, dass die Bundesregierung den Export von Überwachungs-Software mit Hermes-Exportbürgschaften unterstützt hat. Daher fordern wir die EU-Kommission auf, die Mitgliedstaaten zu Transparenz über Exportkreditgarantien für die Ausfuhr solcher Güter anzuhalten.**

Seit Jahren ist bekannt, dass prominente Hersteller von Überwachungstechnologie auch aus der Europäischen Union in totalitäre Staaten liefern und damit zur Unterdrückung von Meinungs- und Pressefreiheit im Internet beitragen. Namentlich bekannt ist unter anderem das Engagement der Firmen Gamma International (Teil der internationalen Gamma Gruppe mit Hauptsitz in Großbritannien), Trovicor aus München und Syborg mit Sitz in Bexbach im Saarland. Geliefert wurde die Software unter anderem nach Libyen, Bahrain und Ägypten. Die französische Firma Bull / Amesys lieferte Technologie zur Überwachung des Internet-Verkehrs nach Libyen, der italienische Hersteller ‚Hacking Team‘ nach Marokko.

Die in London lebende Journalistin und Universitätsdozentin Ala'a Shehabi, Mitbegründerin des regierungskritischen Blogs *bahrainwatch.org*, bekam E-Mails mit angeblichen Neuigkeiten über Menschenrechtsverbrechen, die ihren Rechner mit einem Trojaner der Firma Gamma International (sog. Finfisher) infizieren sollten. Journalisten und deren Quellen geraten durch den Einsatz solcher Software weltweit in Lebensgefahr.

Auch nach Syrien wurde deutsche Überwachungstechnik geliefert. Das Land steht von Beginn an auf der Liste der „Feinde des Internets“, die von Reporter ohne Grenzen seit 2006 herausgegeben wird. Erste Lieferungen von Überwachungstechnologie erfolgten im Jahr 2000 durch Siemens, im Jahr 2008 wurde weiteres Equipment von Nokia Siemens Networks geliefert. Der Geschäftsbereich wurde mittlerweile von Siemens verkauft und in Trovicor umbenannt.

Bis heute gibt es kein effektives Kontrollregime, das den Export solcher Software in kritische Regionen regelt. Damit die Europäische Union auch in Zukunft als glaubwürdiger Partner in der internationalen Menschenrechtspolitik agieren kann, ist ein Handeln an dieser Stelle dringend erforderlich.

Mit Hilfe von Überwachungstechnologie können Geheimdienste, Polizeibehörden oder andere Akteure die gesamte Kommunikation einzelner Personen überwachen und direkt auf sämtliche auf dem Computer gespeicherten Informationen zugreifen. Teilweise erlaubt die Software sogar das nachträgliche Installieren bzw. Hinzufügen von Programmen oder Dateien und damit auch das Unterschreiben gefälschter Beweise.

„We have to acknowledge that certain software products now are actually as effective as weapons,“ Marietje Schaake, MdEP, im Juli 2012

Die Diskussion um elektronische Überwachungssoftware in Europa wurde maßgeblich vom Staatstrojaner-Urteil des deutschen Bundesverfassungsgerichtes im Jahr 2008 geprägt. In der Urteilsbegründung hält das Gericht fest, dass mit solcher Software nicht nur in den Kernbereich der Privatsphäre eingegriffen wird,

sondern teilweise auch Manipulationen von Inhalten erfolgen können. Den Einsatz solcher Software lässt das Gericht daher nur unter sehr strengen verfassungsrechtlichen Auflagen zu, die bis heute technisch nicht realisiert sind.

Der zivile Einsatz dieser Art von Überwachungstechnologie ist sehr begrenzt, einige Hersteller liefern ihre Software explizit nur an staatliche Akteure wie Polizei, Geheimdienst oder andere Regierungsbehörden. Deswegen sind bei der Prüfung entsprechender Exporte die gleichen Regeln anzulegen wie beim Export klassischer Kriegswaffen. Dass die Bundesregierung Überlegungen zur Förderung ausgerechnet dieser Wirtschaftsbranche anstellt (siehe das Papier "Zukunftsmarkt Zivile Sicherheit" des BMWi), ist uns unverständlich. Insbesondere ist für uns kein überragendes außenpolitisches Interesse der Bundesrepublik Deutschland erkennbar, das den Export solcher Software rechtfertigen könnte.

Im US-Repräsentantenhaus wird derzeit der Global Online Freedom Act beraten – ein Gesetz, das den Verkauf von Überwachungssoftware international regeln soll. Der Entwurf wurde eingebracht, nachdem bekannt wurde, dass die US-Firma Bluecoat Schnüffelsoftware an Ägypten und Libyen geliefert hatte.

In einer Rede über die Ereignisse des ‚Arabischen Frühlings‘ forderte Bundesaußenminister Dr. Guido Westerwelle im November 2011 bei der Stiftung Wissenschaft und Politik, Telekommunikationsüberwachungssoftware in die Exportkontrollregime aufzunehmen:

„At the EU level, countries like Germany and Finland – with our strong telecommunications industries – should push for technology for controlling the internet to be included in sanctions regimes. If technological development changes the form of repression, sanctions cannot stop at small arms and water cannons.“

Wir unterstützen diese Forderung nachdrücklich und hoffen, dass demnächst auch Taten folgen werden.

Quellen:

Bundesministerium für Wirtschaft und Technologie - Zukunftsmarkt Zivile Sicherheit
<http://tinyurl.com/zukunftsmarkt-sicherheit>

Bericht über Gamma / Finfisher Software von Bloomberg
<http://tinyurl.com/finfisherbahrain>

Heise.de über Siemens-Überwachungssoftware in Syrien:
<http://tinyurl.com/deuschetechniksyrien>

Beitrag von FAKT über Spionagesoftware:
<http://tinyurl.com/faktueberwachungstechnik>

Beitrag des Medienmagazins Zapp:
<http://tinyurl.com/zappueberwachungstechnik>

Kleine Anfrage der Fraktion Bündnis 90 / Die Grünen:
<http://tinyurl.com/anfragegrueneueberwachung>

Exemplarische Werbevideos der Hersteller von Überwachungstechnologie:
<http://tinyurl.com/werbungueberwachungI>
<http://tinyurl.com/werbungueberwachungII>
<http://tinyurl.com/werbungueberwachungIII>

Rede von BM Westerwelle bei der Stiftung Wissenschaft und Politik:
<http://preview.tinyurl.com/redebmwesterwelle>